



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Preußen und die auswärtige Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preußen und die auswärtige Politik.

Von der preussischen Grenze.

Seit der vorigen Woche fängt es an im preussischen Landtag etwas lebhafter zu werden. Mehr und mehr überzeugen sich die liberalen Abgeordneten, daß es nicht genügt das Ministerium gegen die Angriffe seiner Gegner zu unterstützen, und ihm allenfalls einige zufällig eingegangene Bittschriften zur Berücksichtigung zu überweisen; daß sie vielmehr nicht bloß in manchen Punkten die Initiative zu ergreifen, sondern in Fragen von höchst ernster Bedeutung gegen das Ministerium Opposition zu machen haben. Für diejenigen, welche an die Möglichkeit einer neuen Aera glaubten, die uns ohne unser Zutun geschenkt wäre, mag das betrübend sein; wir halten es vielmehr für günstig, daß diese Wendung eintrat, bevor die liberale Partei sich zu tief in die Gewohnheiten des Ministerialismus verstrickt hatte, um sich wieder zu einer selbstständigen Ueberzeugung herauszuarbeiten. Eine Partei, die immer nachgäbe, wäre auch als Stütze völlig unbrauchbar, und daß eine liberale Regierung in Preußen solche Stützen nicht entbehren kann, hat sich nur zu deutlich herausgestellt.

In keiner Sache nimmt man so sehr Anstand, die Regierung zu beschränken, als im Militärwesen und in der auswärtigen Politik. Man ist so lange gewöhnt gewesen, diese Dinge unter die Regalien zu rechnen, und die provisorische Lage Preußens macht die Nothwendigkeit einer straff concentrirten Leitung so deutlich, daß eine Vorlage wie das diesjährige Kriegsgesetz dazu gehörte, das Vertrauen einigermaßen zu erschüttern. Dieser Gesetzesentwurf greift viel tiefer und umfangreicher in alle Zweige des bürgerlichen Lebens ein, als alle übrigen Gesetze zusammengenommen; er würde dem ganzen Lande eine andere Physiognomie geben, er würde es den Preußen unmöglich machen, in dem Fortschritt der Cultur mit den übrigen Völkern Europas zu wetteifern. Auch die Spartaner hat es zuletzt nicht gerettet, daß sie das bürgerliche Leben dem militärischen opferten.

Trotz dieser Bedenken würde vielleicht das Kriegsgesetz unter mehrfachen Modificationen die Zustimmung der liberalen Partei erlangt haben, wenn es sich als

nothwendig zur Erreichung eines bestimmt angedeuteten Zweckes, also als ein vorübergehendes Uebel, für das man größere Güter erwerben werde, herausgestellt hätte. So wurde denn die auswärtige Politik, die man sonst schon darum gern der Regierung überläßt, weil man die verwickelten Wendungen der Diplomatie nicht leicht controliren kann, nothwendig Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit. Während des vorigen Jahres, namentlich vor dem Abschluß des Friedens von Villafranca, war die großdeutsche Partei geschäftig, die Politik des Herrn von Schleiniß aufs bitterste anzuklagen und ihn persönlich für die Haltung Preußens verantwortlich zu machen, die den Wünschen jener Partei so wenig entsprach. In diese Klagen stimmten zuletzt auch solche Männer ein, die es aufrichtig mit Preußen meinten. Wir zweifelten damals an der vollen Berechtigung dieser Klagen, weil auf dem Wege, den die preussische Politik in den letzten Wochen vor Villafranca einschlug, das Zaudern immer noch das beste war; und die gleich darauf eintretenden Ereignisse schienen unsere Ansicht zu bestätigen. Seitdem wäre nun der Diplomatie der freieste Spielraum für jede Art entschlossener Thätigkeit gegeben, und wir waren fest überzeugt und wurden durch die Anträge am Bunde in Bezug auf die Bundeskriegsverfassung und auf die Kurhessische Angelegenheit darin bekräftigt, daß auch Preußen diesen Stillstand kräftig benutzen würde.

Hr. v. Schleiniß selbst hat ein standhaftes Stillschweigen darüber bewahrt, dafür hat jetzt das neueste englische Blaubuch gesprochen, und leider nur zu deutlich. Wir heben Einzelnes hervor. — Lord Bloomfield an Russell, 14. Jan. „Während ich heute bei Baron Schleiniß war, spielte Se. Excellenz auf mehrere während der letzten Zeit in den englischen Zeitungen veröffentlichte Artikel an, desgleichen auf officielle Mittheilungen, die darauf hinauszulaufen schienen, als ob zwischen der Regierung Ihrer Majestät und der des Kaisers der Franzosen über die in der italienischen Frage zu befolgende Politik ein Einvernehmen bestehe. Ich sagte Sr. Excellenz, daß ich ihm über diesen Punkt keine Information geben könne; er müsse aber überzeugt sein, daß ein Einvernehmen zwischen den beiden Staaten mehr als ein anderes politisches Arrangement geeignet sei, die schwebenden Fragen auf friedliche Art zu erledigen. Baron Schleiniß sagte, wenn auch Preußen die Möglichkeit eines neuen Krieges gern beseitigt sähe, dürfe man doch kaum erwarten, daß es, so zu sagen mit verbundenen Augen, die durch Frankreich und England gemeinschaftlich bewirkte Reorganisation Italiens als eine vollendete Thatsache ansehen solle, wenn es früher nicht aufgefordert worden sei, an den betreffenden Berathungen Theil zu nehmen. Se. Excellenz bemerkte ferner, daß, obwol Preußen nicht geneigt sein dürfte, die der britischen Regierung zugeschriebene Politik in Allem und Jedem gut zu heißen, es doch geneigt wäre, die Frage betreffs einer Nichtinterventions-Erklärung aufzunehmen. Ihrer Majestät Re-

gierung — fügte er hinzu — dürfte bedenken, ob die Ausschließung Deutschlands von allen vertraulichen Mittheilungen über die gegenwärtige Diskussion zur Lösung der italienischen Angelegenheiten schließlich wol zu einem vortheilhaften Ergebnis führen werde, und Se. Excellenz hob sichtbar den Grundsatz der Nichtintervention als einen Punkt hervor, über den die beiden Regierungen sich einigen dürften und durch den sein sehnlicher Wunsch — ein herzlicherer Gedankenaustausch des englischen und preussischen Cabinets über die italienische Frage — erfüllt werden könnte.“ — Darauf erwidert Lord John Russell, 18. Jan. „Baron Schleinig irre, wenn er voraussetze, daß die Absicht vorhanden sei, Deutschland von der Theilnahme an der schließlichen Ordnung der italienischen Frage auszuschließen. . . . Was aber die Bemerkung Sr. Excellenz über das Zustandekommen eines Einverständnisses zwischen Preußen und England im Punkte der Nichteinmischung in die innern Angelegenheiten Italiens betrifft, so muß ich bemerken, daß ein durch Ihrer Maj. Regierung im vorigen November gemachter Versuch, gerade über diesen Punkt mit Preußen zu einem Einvernehmen zu gelangen, eine so un günstige Aufnahme gefunden hat, daß Ihrer Maj. Regierung nicht Willens ist, sich der Möglichkeit einer abermaligen entmuthigenden Antwort auszusetzen. Ihrer Maj. Regierung hat ihre Meinung über die italienischen Angelegenheiten nie verborgen, und hat keinen Wunsch vorzuschreiben oder zu befehlen, da sie die Italiener für fähig hält, ihre innern eigenen Angelegenheiten selbst zu leiten.“ — Lord Bloomfield antwortet 21. Januar: „Se. Excellenz war sichtlich nicht zufrieden mit der Aufnahme, welche seine Andeutung gefunden hatte; doch schien er auch nicht überrascht davon, daß Ihrer Maj. Regierung bei dem gegenwärtigen Stande der Unterhandlungen abgeneigt sei, auf seinen Vorschlag betreffs eines Einverständnisses über Nichtintervention einzugehn. Er meinte, es lasse sich die Anwendung des Nichtinterventions-Prinzips aus verschiedenen Gesichtspunkten ansehen; Preußen werde in Italien gewiß nicht interveniren, und er warf die Frage auf, ob sich von den andern Mächten dasselbe erwarten lasse?“

Lord Bloomfield an Russell, 4. Februar. „Er habe Baron Schleinig gesprochen und diesen geneigt gefunden, die italienische Frage von einem praktischeren Gesichtspunkte, als in der letzten Unterredung der Fall gewesen, anzusehn. Die letzten französischen Depeschen scheinen einen günstigen Eindruck auf ihn hervorgebracht zu haben und sie schienen ihm darauf berechnet, die Empfindlichkeiten Oestreichs so viel als möglich zu schonen; er mußte noch nichts über das, was das östreichische Cabinet zu thun beabsichtigte; schien indessen überzeugt, daß Oestreich keinen Versuch machen werde, den Lauf der Dinge in Italien gewaltsam zu hindern, obgleich es vielleicht gegen die Einverleibung der Herzogthümer in Sardinien protestiren dürfte. Se. Exc. be-

merkte, sehr wichtig sei gegenwärtig eine Beachtung der Zustände in Venetien und der dort allenfalls zu erwartenden Bewegung, wenn die Herzogthümer erst zur Abstimmung aufgefordert werden. Sollte sich Sardinien in eine derartige Bewegung einmischen, so könnte das Ergebnis für den Frieden Europas gefährlich werden, und ein blutiger Conflict entstehen. — Ich erwiderte, daß Ew. Lordschafft der sardinischen Regierung die Nothwendigkeit ans Herz gelegt haben, keinen Schritt in der Annexationsfrage vor Einberufung der Versammlungen zu thun und allen Versuchen zu Rubestörungen im Venetianischen entgegen zu wirken; ferner daß Ihrer Maj. Regierung Bestreben dahin gehe, eine friedliche Lösung der italienischen Wirren zu vermitteln und daß sie, im Falle des Gelingens ihrer gegenwärtigen Bemühungen, wol mit gutem Recht erwarten dürfte, daß Preußen der eventuellen neuen Ordnung in Italien seine Anerkennung nicht versagen werde. — Baron Schleinitz wollte der britischen Regierung für ihre Bemühung gern volle Anerkennung gezollt wissen, doch könne er nicht bestimmen, wie der Prinz-Regent betreffs der zu treffenden Arrangements denken werde. Er gab mir zu verstehen, daß Preußens Politik vom Gange der Ereignisse abhängen müsse, und sagte Nichts, das zu der Vermuthung führen könnte, daß, wofern Oestreich in seinen venetianischen Besitzungen unangefochten gelassen würde, Preußen schließlich einer Gebietsvergrößerung Sardiniens seine Anerkennung versagen dürfte. . . . Se. Exc. mag wol glauben, daß das von Ihrer Maj. Regierung vorgeschlagene Arrangement für die Verhältnisse Central-Italiens passen und zu einer friedlichen Lösung führen könne, aber er verhehlt nicht seine Mißbilligung des Principis, die Bevölkerung der italienischen Herzogthümer zur Entscheidung über ihren zukünftigen Monarchen aufzufordern, und ich darf wol hinzufügen, daß Preußens Mißbilligung noch entschiedener sein würde, wenn von allgemeinem Stimmrecht in dieser Frage die Rede sein sollte.“

Lord Bloomfield an Russell, 3. März. — „Baron Schleinitz benachrichtigte mich, er habe einen Besuch, den ihm der Fürst de la Tour d'Auvergne heute früh abstattete, dazu benutzt, um auf die vorgeschlagene Einverleibung von Savoyen und Nizza anzuspielen. Se. Exc. scheint dem französischen Gesandten gesagt zu haben, daß es in Deutschland nur eine Meinung entschieden Widerstandes gegen das Project gebe, daß Preußen sich bisher auf die kaiserlichen Versicherungen des nach Beendigung des Krieges in Mailand veröffentlichten Manifestes verlassen habe, in welchem jeder Vergrößerungsgedanke abgelehnt worden war; daß er aber jetzt, da die Sache in der Thronrede des Kaisers Erwähnung fand, nicht länger schweigen könne, und daß er vertrauensvoll hoffe, es werde ohne vorgängige Erörterung der Großmächte kein Schritt weiter in dieser Angelegenheit geschehen. — Baron Schleinitz scheint auch dem französischen Gesandten bemerkt zu haben, daß die gegenwärtige Regierung

Preußens es war, welche die in ganz Deutschland während des letzten Krieges aufgeregten Gefühle beruhigte, und zwar auf Kosten ihrer Popularität, und daß aus ihrem bisherigen Stillschweigen nicht auf ihre Gleichgiltigkeit betreffs Savoyens geschlossen werden dürfe, denn sie würde diese Einverleibung mit dem größten Mißtrauen ansehen. Se. Excellenz bemerkte ferner, es sei einigermaßen für ihn überraschend, daß von Seiten der französischen Gesandtschaft an diesem Hofe bis jetzt noch gar keine Anspielung auf die savoyische Frage gemacht worden sei; es sei eine europäische Frage, die bereits ernste Dimensionen angenommen habe, ohne daß bisher Preußen die geringste Mittheilung darüber gemacht worden wäre. Darauf hat der Fürst de la Tour d'Auvergne geantwortet, die französische Regierung kenne das in Deutschland herrschende Gefühl sehr wohl, und dies sei, wie er glaube, der Grund gewesen, weshalb man die Sache so schwer angriff, und weshalb die französische Regierung eine Erörterung des Gegenstandes vermied. — Bevor ich von Baron Schleinitz Abschied nahm, sagte mir Se. Exc., die Politik Preußens sei der Einverleibung entschieden entgegen, und seiner Meinung zufolge sollte Frankreich auf alle Fälle hin aufgefordert werden, keinen Schritt weiter in der Sache zu thun, bevor nicht eine Conferenz gehalten würde.“

Die Sache spricht für sich selbst, sie bedarf kaum eines Commentars. Psychologisch am merkwürdigsten ist die Klage des Hrn. v. Schleinitz über die Unpopularität, die sich Preußen wegen seiner friedfertigen Haltung zugezogen. Diese Vorstellung scheint ihn sehr lebhaft zu beschäftigen: schon im vorigen Jahr sprach er sich im preußischen Landtag sehr schmerzlich über diese Unpopularität aus, ja er ging so weit, zu seinem eignen Schaden, in bloßen Kannegießereien und perfiden Schmähungen eine tiefe moralische Berechtigung zu suchen. Diese Empfindlichkeit einer bloß ideellen Macht gegenüber ist sehr bezeichnend für einen Staatsmann. Die Popularität ist, je nach den Umständen, sehr viel oder auch nichts; sie ist sehr viel für den, der ihr den richtigen Stoß zu geben, und sie rasch entschlossen auszubeuten versteht; sie ist nichts für den, der sich von ihr leiten, sich gewissermaßen von ihr die Hände binden läßt. Der rechte Nationalwille, stets ein sehr ernstes, ja in letzter Instanz vielleicht entscheidendes Moment, äußert sich nicht so einfach in dieser oberflächlichen Form der Popularität, und es ist sehr schlimm, wenn man „zu beifallslüftern ist, um ihn zu verachten“ und doch wieder zu vornehm, um ihn zu verstehen. Es sind in dem letzten halben Jahr große Kundgebungen der öffentlichen Meinung für Preußen erfolgt; aber wenn man sich damit begnügt, an denselben eine stille Freude zu haben, so wird es bald damit zu Ende sein.

Wie Preußen mit den übrigen Mächten stand, namentlich mit Oestreich und den deutschen Mittelstaaten, war schon früher allgemein bekannt, die oben erwähnte Correspondenz läßt uns einen tiefen, aber nur zu traurigen Blick in

die Beziehungen zu England und Frankreich thun. Es ist wahr, die diplomatische Sprache Lord Russells zeichnet sich durchweg durch eine gewisse jugendliche Ungenirtheit aus, aber der Ton, der hier gegen Preußen angestimmt wird, ist doch noch nicht dagewesen, und was das Schlimmste ist, der preussische Minister scheint durch diesen Ton gar nicht überrascht zu werden. Freilich, wenn man im November den Vorschlag Englands, das Prinzip der Nichtintervention für Italien festzustellen, entschieden zurückweist und im Januar mit demselben Vorschlag England entgegenkommt — was für einen Ton soll man da eigentlich erwarten? — Vielleicht sind diese Actenstücke verfälscht oder ungenau? — Das ist sehr möglich; dann aber wird es H. v. Schleinig wahrscheinlich so machen, wie mit den österreichischen Anklagen nach dem Frieden von Villafranca: er wird erst abwarten, bis jene Papiere ihre volle Wirkung gethan und dann, wenn sie längst vergessen sind, wird er sie widerlegen.

Wir wollen auf den Kern der Sache eingehn. Im Inhalt freilich von der Politik des H. v. Manteuffel himmelweit verschieden, ist die Politik des neuen Cabinets in der Form mit ihr noch immer identisch: es ist die sogenannte Politik der freien Hand. Indem Preußen sich von vornherein zu nichts verpflichtet, sich mit Niemand engagirt, glaubt es dadurch allen übrigen Mächten überlegen zu sein und die letzte Entscheidung in der Hand zu haben. Diese Politik hätte aber nur Sinn, wenn Preußen so mächtig wäre, allenfalls drei seiner Nachbarn zu gleicher Zeit niederzuschlagen; da es aber keinem einzigen von ihnen gewachsen ist, so ist sein Verfahren zweckwidrig und gefahr- voll; denn die wirkliche Freiheit der Action hat nur der Stärkere, nicht der Schwächere. Man hat über den Satz des H. v. Manteuffel: „der Starke geht zurück!“ viel gespottet; es ist aber doch ein Sinn darin, denn nur dem Starken ist es wirklich möglich, nach Belieben zurückzugehen, und da Stärke nur ein relativer Begriff ist, so konnte sich Preußen allenfalls noch in der ol- mütiger Zeit einen Starken nennen. Jedenfalls waren seine Gegner auch keine Helden. Es könnte aber einmal mit einem Stärkeren zu thun haben, und dann würde ihm auch das Zurückgehn nicht ohne Weiteres möglich sein; wenigstens wäre die Grenze dieses Zurückgehns nicht leicht nach Wunsch fest- zustellen.

Soviel stellt sich aus der Correspondenz klar heraus, daß Preußen mit England auf gar keinem Fuß steht; wie es sich mit Frankreich gestellt hat, dar- über klärt uns die bezaubernde Naivetät des französischen Bevollmächtigten auf. Auf die Bemerkung des H. v. Schleinig, Deutschland werde über die Ein- verleibung Savoyens sehr ungehalten sein, antwortet er mit der ausgesuchte- sten Höflichkeit: eben darum hat man noch nichts davon gesagt! — Zur Diplomatie ist doch viel Kaltblütigkeit nöthig.

Mit Rußland scheint Preußen etwas besser zu stehn, d. h. beide unter-

fügen sich darin, eben nichts zu thun. Fürst Gortschakof hat dem britischen Bevollmächtigten einigemal sehr zornig angedeutet, er werde sich um gar nichts kümmern; das ist auch „Politik der freien Hand,“ aber wenn sich H. v. Schleinitz zu sehr darüber freuen sollte, so darf er nicht vergessen, daß diese Hand eben so frei ist gegen Preußen, als gegen Jemand anders.

So weit wir die Verhältnisse übersehen können, scheint uns der Hauptfehler der preußischen Politik darin zu liegen, daß sie nicht da angefangen hat, wo anzufangen war; nämlich mit Oestreich. Die beiden Anträge Preußens am Bundeſtag sind vortrefflich und im allgemeinen von der öffentlichen Meinung auch richtig gewürdigt worden, aber genügt es denn für einen Staat wie Preußen, einen Antrag zu stellen, den man dann ruhig zu den Acten legt? Die Correspondenz zwischen den Herrn v. Schleinitz und v. Beust, die doch offenbar für das Publikum bestimmt ist, hat das Eigenthümliche, vollkommen resultatlos zu bleiben. Herr v. Schleinitz lehnt die theoretische Discussion ab und stellt sich auf den praktischen Standpunkt, aber nicht immer ist der praktische Mann, der von Praxis spricht; vorläufig ist offenbar Herr v. Beust praktischer, denn — es bleibt alles beim Alten.

Mit den Mittelstaaten ist jeder Versuch einer Verständigung vollständig zwecklos, solange Preußen sich nicht mit Oestreich geeinigt hat. Ist eine Einigung mit Oestreich möglich? — Wir sollten es meinen, denn was Preußen von Oestreich fordern kann, ist zum großen Theil keine Benachtheiligung Oestreichs. Es hat nämlich zu fordern, daß Oestreich sich mit ihm vereinigt, um am Bundeſtag durchzusetzen: 1) Annahme der von Preußen vorgeschlagenen Kriegsverfassung; 2) was unmittelbar damit zusammenhängt, Uebertragung der Befestigungen an der Nord- und Ostsee an Preußen dergestalt, daß der Widerspruch der einzelnen Staaten gegen die für nothwendig anerkannten Vertheidigungsmaßregeln als ungiltig bezeichnet wird; 3) Ordnung der kurhessischen Angelegenheiten nach dem Prinzip, daß der Bundeſtag sich in die innern Angelegenheiten der Bundesstaaten nicht weiter einzumischen habe, als zur Aufrechthaltung der Bundesgesetze nöthig; 4) Execution gegen Dänemark zur Vollziehung der Bundesbeschlüsse. Mit allen diesen Anforderungen würde Preußen so in den Schranken der Bundesprinzipien bleiben, Oestreich selbst würde dadurch so entschieden gewinnen, daß eine Garantie des im höchsten Grad bedrohten venetianischen Besitzes durch den deutschen Bund in den Augen eines ruhigen Staatsmannes eine mehr als hinreichende Gegenleistung wäre.

Da aber Oestreich sich solcher Staatsmänner nicht erfreut, so bleibt freilich der Ausgang der Unterhandlungen zweifelhaft, solange Preußen nicht, höflich aber gemessen, darauf aufmerksam macht, daß die Entscheidung sofort erfolgen müsse, in dem einen oder in dem andern Sinn. Die Correspondenz mit den Mittelstaaten kann immer auf das Gebiet der Theorie überge-

spielt werden; bei Oestreich ist aber diese theoretische Untersuchung bald abzuschneiden. Wenn Oestreich auf den preußischen Antrag, im Kriegsfall den Oberbefehl über die Bundesheere mit Preußen zu theilen, nicht eingeht, so muß es sich doch darüber erklären, was es eigentlich will? Die formale Bestimmung der Ernennung eines Oberfeldherrn muß doch einen materiellen Sinn haben. Will Oestreich seine Truppen unter einen bayerischen oder händverschen General stellen? oder nimmt es den Oberbefehl auch über die preußische Armee in Anspruch? Da von dem ersten natürlich nicht die Rede ist, so muß Oestreich zu der letzten Erklärung getrieben werden; und sobald diese erfolgt, ist auch Preußens politische Richtung genau vorgezeichnet. Es wird alsdann seine Sache dem preußischen und dem deutschen Volk vorzulegen und nicht weniger, sondern mehr zu fordern haben.

Die Sache ist so klar, daß am Ende auch Oestreich und selbst die Mittelstaaten sie einsehen, und unter zwei Eventualitäten die minder unbequeme wählen werden, sobald sie sich nur überzeugt haben, daß es Preußen mit seinem Willen Ernst ist. Davon werden sie sich aber nicht eher überzeugen, als bis in Preußen eine einheitliche Regierung hergestellt ist. Wie viel daran noch fehlt, das stellt sich immer mehr heraus, und wenn das Ministerium die verschiedenen Factoren der Gesetzgebung und Verwaltung weder für sich zu gewinnen, noch ihren Widerstand zu brechen weiß; wenn es sich vielmehr bald nach dem einen, bald nach dem andern richtet, und so den vergeblichen Versuch macht, zwei Prinzipien, die einander ausschließen, gleichmäßig zu vertreten — wo soll dann sein Credit herkommen? Das Ausland hat die Augen ganz gut offen und vielleicht sind manche sonst unerklärliche Ereignisse des letzten Monats nur daraus zu begreifen, daß der Mann, der jetzt den meisten Willen hat, den Andern doch noch mehr Willen d. h. Widerstandskraft beigemessen hat, als sie wirklich haben; jetzt ist er aber darüber völlig enttäuscht.

Möge Preußen sich nicht damit trösten, daß es anderwärts nicht besser aussieht: Preußen ist eben darauf angewiesen, mehr Politik zu treiben als die andern, weil es weniger warten kann. Es ist wahr, in England macht sich das Gewicht von Pfund, Schilling und Pence mehr geltend als nöthig; aber eine zusammenhängende Politik in der italienischen Sache kann man den Whigs nicht absprechen, wenn man sich von den offenbaren Lügen vor dem Parlament nicht täuschen läßt. Was Oestreich betrifft, so grenzt die offenbare Schadenfreude über die Einverleibung Savoyens freilich an Raserei; was hilft uns das aber, wenn wir die Kosten derselben mitzutragen haben? — daß mehr Rekruten einexercirt werden, kann das Gewicht unserer Gründe nicht stärken, so lange man nicht die Meinung hat, daß diese Rekruten eventuell auch marschiren müssen; d. h. daß dieses rohe Material durch den Willen, der wirklich etwas will, einmal Leben erhält. † †